



Schüssler 2008

Stagflationstendenzen – was kann die Finanzpolitik tun?

Von Viktor Steiner*

Nach zwei Jahren befriedigenden Wirtschaftswachstums mit günstiger Arbeitsmarktentwicklung und einer Konsolidierung des Staatshaushalts zeichnet sich bereits wieder das Ende dieser positiven Entwicklung ab. Hinzu kommt, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung mit einer im Vergleich zu den vergangenen Jahren hohen Inflation einhergeht. Der aktuelle Preiserückgang auf den Rohstoffmärkten lässt zwar einerseits erwarten, dass sich diese Entwicklung nicht im bisherigen Ausmaß fortsetzen wird. Andererseits geht von den jüngsten Lohnabschlüssen ein deutlicher Inflationsdruck aus. Gleichzeitig stagnieren die Realeinkommen der privaten Haushalte oder sinken sogar bereits wieder. Soweit dies auf die gestiegenen Rohstoffpreise zurückzuführen ist, sind reale Einkommensverluste unvermeidbar. Der Teil des Einkommens, der aufgrund der höheren Rohstoffpreise an die Produzenten abfließt, steht im Inland für die Verteilung nicht zur Verfügung.

Was kann die Finanzpolitik in dieser Situation tun? Sie muss vor allem berücksichtigen, dass der durch höhere Rohstoffpreise bedingte Einkommenstransfer an das Ausland nicht durch Subventionen kompensiert werden kann. Politische Forderungen wie die Wiedereinführung der allgemeinen Pendlerpauschale, um höhere Benzinpreise auszugleichen, sind geradezu kontraproduktiv, da sie die Anreize zu Einsparungen beim Benzinkonsum reduzieren. Anders zu bewerten sind Subventionen für Einsparungen von Energie durch verbesserte Wärmedämmung von Wohnungen oder für Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien. Diese Maßnahmen sind aber eher längerfristig wirksam und eignen sich nur sehr eingeschränkt für konjunkturpolitische Ziele.

Aktuell steht – quer durch das parteipolitische Spektrum – aber wieder die Forderung im Raum, der Staat müsse etwas gegen die aufziehenden Rezessionstendenzen tun. Die Vorschläge dazu sind zahlreich und reichen von den üblichen staatlichen Ausgabenprogrammen, die sich in der Vergangenheit meist als ineffektiv erwiesen haben, bis hin zu sogenannten „Steuerschecks“, wie sie in den USA gerade wieder zur Stützung der Konjunktur eingesetzt werden. Begründet wird dies auch damit, dass in Deutschland die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer weiterhin steigen werden.

Dies ist eine direkte Folge der „kalten Progression“: Da die Freibeträge, Sonderausgaben und sonstigen Abzugsbeträge in der deutschen Einkommensteuer nominal festgesetzt und nicht regelmäßig an die Preissteigerungen angepasst werden, führt der progressive Steuertarif bei Inflation auch bei stagnierendem Realeinkommen zu einer höheren Steuerbelastung. Dieser zusätzliche Einkommensentzug schwächt den privaten Konsum und verschärft die rezessiven Tendenzen. Wäre die Lohn- und Einkommensteuer wie in einigen anderen OECD-Ländern an die Inflationsrate angepasst, könnte dieser konjunkturpolitisch unerwünschte Effekt vermieden werden, und man müsste sich weniger über diskretionäre und meist wenig effektive stabilitätspolitische Maßnahmen Gedanken machen.

* Prof. Dr. Viktor Steiner ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.